



Ulrich Bausch | Susanne Büttner | Susanne Edel | Winfried Hermann | Philipp Marquardt |
Hermann Merkle | Thomas Nielebock

Stimmt es, dass...?

Erweiterte Fassung

Mehr über die Initiative *Aufbruch zum Frieden* und welche Veranstaltungen sie durchführt unter:
aufbruch-zum-frieden.de

Stimmt es, dass...?

Mit dieser Leitfrage laden wir, die Initiative *Aufbruch zum Frieden* dazu ein, einige gängige und in der öffentlichen Debatte kaum hinterfragte Aussagen über Russlands Krieg gegen die Ukraine, über Wladimir Putins Motive und Absichten und über die Rolle der NATO kritisch zu prüfen. Dabei ist unbestritten, dass die russische Invasion in die Ukraine 2022 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg darstellt. Wir wissen, dass in Kriegszeiten das Schwarz-Weiß-Denken und das Wachsen von Feindbildern extrem zunimmt, was angesichts des Leids auch dieses Krieges verständlich ist. Dennoch meinen wir, dass Hysterie und Alarmismus weder der politischen Debattenkultur in Deutschland noch der Suche nach einer Beendigung dieses Krieges förderlich sind, sondern uns in eine Richtung treiben, die das Schlimmste befürchten lässt.

Die folgenden Texte greifen einige der verbreiteten Behauptungen auf – so z.B., dass ein Angriff auf die NATO bevorstehe oder dass allein Russland für das Scheitern der Rüstungskontrolle in Europa verantwortlich zu machen sei. Die aktuellen Forderungen nach Kriegstüchtigkeit statt diplomatischen Bemühungen zur Kriegsvermeidung halten wir für kontraproduktiv und krisenverschärfend. Im besten Falle erreichen wir einen höchst brüchigen und labilen Zustand von hochmilitarisierter gegenseitiger Abschreckung, der Billionen bindet, die an anderer Stelle dringend benötigt würden.

Die Erwartung an die politischen Verantwortlichen ist, differenzierte Wirklichkeit und die eigenen Versäumnisse zur Kenntnis zu nehmen. Dahinter steht die Hoffnung, dass ein Strategiewechsel hin zu Diplomatie, Rüstungskontrolle und ernsthaften Verhandlungen über gemeinsame Sicherheit möglich wird. Denn dauerhafter Frieden in Europa lässt sich nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreichen. Und gerade die Geschichte Europas seit Mitte der 1970er Jahre zeigt, dass dies möglich ist – durch die beiden Weltkriege zeigt sie aber auch auf, was es heißt, wenn Europa mit sich selbst im Krieg liegt.

Mehr über die Initiative *Aufbruch zum Frieden*, wer sie trägt und welche Veranstaltungen sie durchführt findet man unter **<aufbruch-zum-frieden.de>**.

Stimmt es, dass...

...Putin uns bald angreifen wird?

...Putin die Sowjetunion wiederherstellen will?

...Putin nicht verhandeln will und nur die Sprache der Gewalt versteht?

...ausschließlich Russland die regelbasierte Ordnung zerstört?

...Russland alle Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge gebrochen hat?

...es nie ein Versprechen gab, die NATO nicht nach Osten zu erweitern?

...nur Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung den Frieden sichern kann?

...wir "wiederbewaffnet" werden müssen, da die USA uns nicht mehr schützen?

...man ohne militärische Verteidigung wehrlos ist?

...Russland den Westen mit seiner „Drohnenaggression“ und mit Kampfjets testet?

...nur Russland schuld ist am neuen Ost-West-Konflikt?

...in der EU die Meinungsfreiheit gesichert ist?

...Putin uns bald angreifen wird?

Frage an Carsten Breuer, den Generalinspekteur der Bundeswehr: „*Sie haben an der Führungsakademie der Bundeswehr gesagt, die Soldaten sollten sich das Jahr 2029 im Kalender markieren, dann könnte sich Russland auch gegen NATO-Staaten wenden*“. Antwort Carsten Breuer: „*So ist es... Wenn wir alle Informationen zusammennehmen, ist in den nächsten fünf bis acht Jahren ein Angriff auf NATO-Gebiet möglich.*“ Frage: „*Ist es wirklich so ernst?*“ Antwort Carsten Breuer:

„....Wenn Sie das zusammennehmen, dann werden in Russland jedes Jahr nun zwischen 1000 und 1500 Panzer vom Band rollen. Wenn sie die fünf größten NATO-Armeen in Europa nehmen, dann haben sie dort im Bestand gerade einmal die Hälfte dessen, was Russland nun pro Jahr an Panzern aufbringt...“¹

Und die damalige Außenministerin Baerbock stellt in der ARD/ZDF-Schlussrunde kurz vor der Bundestagswahl im Februar 2025 dar, dass Russland nach der Ukraine Polen und dann Brandenburg bzw. Deutschland ins Visier nehmen könnte.²

Diese Einschätzungen werden immer wieder in Presseberichten und Talkshows unhinterfragt wiederholt – und so besteht die Gefahr, dass diese Erzählungen zur geglaubten ‚Wahrheit‘ werden. Tatsache ist: Russland führt einen völkerrechtswidrigen Krieg, hat es aber nicht geschafft, bis nach Kiew vorzudringen, die Ukrainische Armee zu besiegen und das ganze Land zu besetzen. Russland kann die – im Vergleich zu Russland – deutlich kleinere Ukraine nicht in die Knie zwingen. Nach diesem – aus russischer Sicht - militärischen Misserfolg, ist es wenig plausibel und nicht realistisch, dass Russland annehmen könnte, gegen die NATO auch nur den Hauch einer Chance zu haben. Zumal die europäischen NATO-Staaten deutlich mehr militärische Stärke als die Ukraine haben und die NATO insgesamt gegenüber Russland militärisch weit überlegen ist. Russland hat für weitere Kriege keine ausreichenden militärischen Kapazitäten, da diese zu 80% an der Ukraine-Front gebunden sind und dort nicht abgezogen werden könnten, da dann im Konfliktfall Russland vom Südwesten her ohne Verteidigung wäre. Russland wird in den nächsten Jahren auch nicht in der Lage sein, durch Aufrüstung ernsthaft gefährliche Angriffskapazitäten zu

entwickeln. Tatsächlich hat Russland seine Flotte an modernen Panzern inzwischen verloren; etwa die Hälfte der Kampfpanzer (ca. 10.000) und der gepanzerten Fahrzeuge (ca. 19.000) sowie rund 21.000 Artilleriesysteme und 300 Flugzeuge und Helikopter seien zerstört worden.³ Nach Angaben des Generalstabes der Ukraine gelang es im letzten Jahr, täglich im Schnitt 32 gepanzerte Fahrzeuge der Russen zu zerstören. Daher greife, so der Thinktank Institut für the Study of War, Russland auf alte Sowjetbestände zurück, da die aktuelle Produktion unerschwinglich werde. Allerdings sei auch das Ausschlachten verrotteter Panzer zum Erliegen gekommen, so das Magazin Foreign Policy. Es fehle an Drehwälzen, an Kugellagern – es fehle an allem.⁴ Die hohen Verluste der Russen gründen darin, dass sie ihre gepanzerten Fahrzeuge weiter zurückhielten, um sie nicht den ukrainischen Panzerabwehrsystemen auszuliefern. So ein Sprecher der ukrainischen Armee. Die russischen Verluste werden von der NATO auf 600.000 – 900.000 Mann geschätzt, darunter etwa 170.000 Tote. Anfang des Jahres 2025 starben über 1000 Russen täglich.⁵

Das russische BIP ist deutlich kleiner als das deutsche und in etwa so groß wie italienische oder das brasilianische. Die Wirtschaftskraft ist also begrenzt und der Rubel verfällt laufend. Daher werden Importe sehr teuer, bei gleichzeitig sinkenden Rohstoffpreisen. Putin kann diesen Krieg und die Kriegswirtschaft nicht mehr lange durchhalten, ohne inländische soziale und ökonomische Konflikte zu riskieren. Schon aus Gründen des Machterhaltes (das viele als Hauptmotiv des Krieges sehen) muss Putin das Risiko begrenzen, verhandeln und den Konflikt zumindest einfrieren.

Gefährlich ist die Rede von einem russischen Angriff aber dennoch, denn sie schürt die Kriegserwartung in den NATO-Staaten und umgekehrt sicher auch in Russland – dort noch verstärkt durch die massiven Aufrüstungsprogramme aller europäischer NATO-Staaten (siehe Kapitel „Wiederbewaffnung“). Es droht die Verwirklichung einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, da man in Kategorien der Kriegstüchtigkeit und nicht der Kriegsvermeidung durch Diplomatie denkt. Zudem provozieren solche Reden das Nachdenken über Präventivschläge – nach dem Motto: dann lieber jetzt, bevor der Feind richtig aufgerüstet hat. Kriegslogisch ist dies vielleicht folgerichtig – für den Frieden in Europa aber das Ende.

1 Interview in der Süddeutschen Zeitung, 08. Juli 2024, Nr. 155; auch zu finden auf ntv.de und ino/dpa vom 08.07.2024.

2 Vgl. dazu: <https://www.ardmediathek.de/video/ard-sondersendung/bundestagswahl-2025-oder-die-schlussrunde/das->

erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2FyZC1zb25kZXJzZW5kdW5nLzlwMjUtMDItMjBfMjItMDAtTUVa

Aufgerufen am 05.05.2025, Minute 15:22-16:10.

3 Vgl. Lucas Theinert: Der Preis des Krieges, IPG 30.04.2025

4 <https://www.merkur.de/politik/putins-ukraine-debakel-noch-nie-zuvor-so-viele-panzer-eingebuesst-93499285.html>

5 <https://www.fr.de/politik/und-daten-russlands-verluste-im-ukraine-krieg-neue-zahlen-zr-93670321.html>

...Putin die Sowjetunion wiederherstellen will?

Um die wahren Ziele Putins aufzuzeigen, wird allzu oft behauptet, er wolle die Sowjetunion wiederherstellen. Aber Putin erklärte folgendes: „*Wer sich nicht nach der Sowjetunion zurücksehnt, hat kein Herz, wer sie zurückhaben will, hat keinen Verstand*“.¹ Den zweiten Teil lassen die Zitierenden gerne weg. Putin bestreitet, dass er eine solche Absicht verfolge. Und es gibt offensichtlich auch keine Zitate von Putin, aus denen eine solche Zielsetzung herausgelesen werden könnte, wie wir einer Antwort der Bundesregierung vom 1. Juli 2024 auf eine parlamentarische Anfrage entnehmen können. Die Bundesregierung ließ durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Bagger, mitteilen: „*Äußerungen des Präsidenten der Russischen Föderation, Vladimir Putin, wonach die Wiederherstellung der Sowjetunion beabsichtigt werde, sind der Bundesregierung nicht bekannt.*“²

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welches Motiv Putin haben könnte, die baltischen Staaten oder Moldawien militärisch zu besetzen. „Wertvolles“ wie Rohstoffe, eisfreie Häfen oder geostrategische Vorteile gegenüber der NATO dürften kaum auszumachen sein.

Zentral wird sein, wie die Bewaffnung der dort stationierten NATO-Truppen ausgerichtet ist. Je offensiver dieses Potential ausgerichtet ist, desto mehr verstärkt es das Sicherheitsdilemma mit entsprechenden russischen Gegenreaktionen, um der NATO gewachsen zu sein oder sie auf Distanz zu halten. Sollte es um den Umgang mit diesem Sicherheitsdilemma gehen, dann wäre es sicherer und kostengünstiger, darüber Verhandlungen zu führen als eine militärische Invasion und damit einen Krieg mit der NATO zu riskieren.

1 <https://www.n-tv.de/politik/Putin-Wir-wollen-die-UdSSR-nicht-zurueck-article16616201.html>.

2 BT-Drucksache 20/12418

...Putin nicht verhandeln will und nur die Sprache der Gewalt versteht?

Um den russischen Blick auf den Westen nachzuvollziehen, bedarf es eines historischen Rückblicks. Diesen vergessen die westliche Berichterstattung und die Politik regelmäßig, Russland aber nicht. Nach Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes 1990 wurden hunderttausende Soldaten aus Ostdeutschland und den osteuropäischen Ländern abgezogen, gegen das vielfach gemachte Versprechen des Westens, daraus keinen Vorteil zu ziehen. Seit den frühen 1990er Jahren versuchte die russische Seite, das Thema *NATO-Osterweiterung* auf dem Verhandlungswege einer vertraglichen Lösung zuzuführen. Bis heute weigern sich die führenden westeuropäischen Länder, mit Moskau darüber zu verhandeln. Unmittelbar nach dem Überfall auf die Ukraine verhandelte Moskau bei den Istanbul-Verhandlungen erstmals ihr Kernanliegen, Begrenzung der NATO-Ost-Erweiterung. Diese Verhandlungen begannen bereits vier Tage nach der Invasion und dauerten bis Ende April 2022. „*Mitte April 2022 standen wir kurz davor, den Krieg mit einer Friedensregelung zu beenden*“, berichtete einer der ukrainischen Chefunterhändler, Oleksandr Chalyi, bei einem öffentlichen Auftritt im Dezember 2023 rückblickend. „*Eine Woche, nachdem Putin seine Aggression begonnen hatte, kam er zu dem Schluss, dass er einen großen Fehler begangen hatte, und versuchte, alles zu tun, um ein Abkommen mit der Ukraine zu schließen.*“¹ Der Istanbul-Prozess wurde von Großbritannien und den USA jedoch gestoppt, da im Schlussdokument Sicherheitsgarantien enthalten waren, die beide nicht bereit waren, zuzusichern.²

Seither fanden weitere Verhandlungen statt, allerdings mit einer Delegation aus Afrika, mit dem Vatikan, mit Vertretern der BRICS-Staaten – nicht mit der EU, da diese bis heute nicht bereit ist, über eine mögliche militärische Neutralität der Ukraine zu verhandeln. Verhandlungen über einen Waffenstillstand und Frieden können nur gelingen, wenn beide Seiten bereit sind, gewünschte Verhandlungsergebnisse nicht zur Vorbedingung von Gesprächen zu machen.

¹ <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/talks-could-have-ended-war-ukraine>

² ebd.

...ausschließlich Russland die regelbasierte Ordnung zerstört?

Nein. Sie lag schon in Scherben. Russland hat mit der Annexion der Krim gegen internationales Recht verstößen und insbesondere gegen das von Russland unterschriebene „Budapester Memorandum“ vom 5. Dezember 1994, welches der Ukraine Sicherheit und Gewaltverzicht der Unterzeichner versprach. Im Gegenzug verzichtete die Ukraine damals auf den Status einer Nuklearmacht – auch wenn die Nuklearwaffen der Ukraine immer unter militärischer Kontrolle Moskaus standen. Auch die Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 ist eindeutig völkerrechtswidrig. Die These, Russland habe damit begonnen, die regelbasierte Ordnung zu zerstören, ist so nicht haltbar.

Denn NATO-Staaten, unter Führung der USA, bombardierten 1999 Serbien:

Am 24. März 1999 befand sich Jewgeni Primakow, Premierminister unter Boris Jelzin, über Neufundland unmittelbar vor dem amerikanischen Luftraum, als er einen Anruf von Al Gore, US-Vizepräsident, bekam, die NATO werde nun Serbien bombardieren. Primakow war auf dem Weg nach Washington und wollte mit Präsident Clinton und seiner Außenministerin Albright unter anderem über eine friedliche Lösung des Balkankonfliktes verhandeln. Russland hatte monatelang mit den Konfliktparteien Gespräche geführt und Primakow wollte nun seinen Friedensplan präsentieren. Primakow ist von dem Anruf schockiert, erklärt, dass Moskau das Bombardement seines Verbündeten kategorisch ablehne und befiehlt seinem Piloten den Anflug auf Washington abzubrechen. Die Maschine drehte ab und flog zurück nach Moskau.¹ Primakow: Das ist ein Schlag ins Gesicht Moskaus. Zwei Jahre zuvor unterschrieben die USA die NATO-Russland-Grundakte. Darin verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten nicht nur zu Gewaltverzicht, sondern sie vereinbarten eine Konsultationspflicht. Im Konfliktfall, so die Grundakte, müssten unverzüglich alle Unterzeichner zu Gesprächen zusammenkommen. Die Grundakte, die am 27. Mai 1997 im Pariser Elysee-Palast unterzeichnet wurde, verpflichtet die Unterzeichner, die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten zu respektieren, darauf, dass keine Seite die eigene Sicherheitslage zu Lasten anderer verändern darf oder die Sicherheit eines anderen Staates beeinträchtigt werden darf.²

Aus russischer Sicht ist auch die NATO-Osterweiterung ein klarer Verstoß gegen die Grundakte. Daher fordert Putin aktuell den Status von 1997 wieder herzustellen. Der völkerrechtswidrige Angriff auf Serbien war ein Verstoß gegen die Konsultationspflicht und gegen das Gewaltverbot. Der Irakkrieg ab 2003 war ebenfalls völkerrechtswidrig und ein Bruch der regelbasierten Ordnung.

1 NYT vom 24. März 1999 <https://www.nytimes.com/1999/03/24/world/conflict-balkans-overview-NATO-authorizes-bomb-strikes-primakov-air-skips-us.html> und

<https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/library/world/europe/032499kosovo-primakov.html>

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Russland-Grundakte>

...Russland alle Abrüstungs- und Rüstungskontroll-verträge gebrochen hat?

Rüstungskontrolle (RK) ist ein wesentliches Instrument zur Begrenzung und Kontrolle von Waffen mit größerer Reichweite und Wirkungskraft. Dadurch werden Aufrüstung begrenzt, Rüstungsausgaben vermindert, Berechenbarkeit erhöht und die Instabilität in Krisen drastisch gemindert. Friedliche Koexistenz von potenziellen Gegnern wird möglich. Dazu gehört es, auf einen Gegner entwaffnendes oder überwältigendes Militärpotential zu verzichten und sich gegenseitige Verletzlichkeit zuzugestehen. Am deutlichsten wird dies bei der sog. Zweitschlagsfähigkeit der Kernwaffenstaaten USA und Russland. Zweitschlagsfähigkeit bedeutet, den atomaren Angreifer mit einem atomaren Gegenschlag mit in den Abgrund reißen zu können (mutual assured destruction = MAD). Eine solche Strategie verlangt, auf ein umfassendes Potential von erfolgsversprechenden Erstschlagswaffen und auf eine Raketenabwehr zu verzichten, die den Zweitschlag verhindert. Dies – so die militärische Logik – vermindert den Anreiz, diese Waffen als erster einzusetzen. Formal hat sich – außer China – jedoch keiner der Kernwaffenstaaten zu einem „no-first-use“ verpflichtet.

Obwohl in der Öffentlichkeit der Eindruck vorherrscht, dass Russland die RK-Verträge aufgekündigt habe, stellt sich dies bei genauer Betrachtung ganz anders dar. Die USA, die sich 1990 als Gewinner des Kalten Krieges sahen und versuchten, ihre hegemoniale Stellung auf Dauer sicher zu stellen (unipolar moment), fühlten sich durch Rüstungskontrolle eher behindert. Dies soll anhand von drei zentralen RK-Abkommen gezeigt werden.

2002: Kündigung des *Anti-Ballistic-Missile-Vertrages* (ABM von 1972) durch die USA unter George W. Bush sen. Damit wurde das Abschreckungssystem der Zweitschlagsfähigkeit (MAD) faktisch abschafft. Denn mit solchen Raketenabwehrsystemen kann ein Angriff ohne gravierende Folgen für das eigene Land möglich werden. Russland beklagte deshalb den Aufbau von Raketenabschussbasen in Polen und Rumänien durch die USA ab 2007 als einen Schritt dahin.

2007: Faktisches Ende des 1999 unterzeichnete *Anpassungsvertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa* (AKSE). Der Vertrag sollte den Veränderungen in Europa Rechnung tragen,

die durch die Auflösung des Warschauer Paktes entstanden waren. Anfang der 1990er Jahre hatte man im KSE-Vertrag (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa) erfolgreich die Eliminierung quantitativer Asymmetrien bei fünf Hauptwaffensystemen in vier Zonen vom Atlantik bis zum Ural erreicht. Dabei wurde ein Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt hergestellt. Der AKSE setzte nationale und territoriale Obergrenzen fest, die sicherstellen sollten, dass kein Staat ein bedrohliches militärisches Übergewicht erreichen konnte, abgesichert durch ein umfangreiches Überprüfungssystem. Russland ratifizierte dieses Abkommen 2004, die USA unter Präsident George W. Bush, jun., blockierten dagegen seit 2002 ihren Beitritt mit zusätzlichen Forderungen, die nach Vertragsabschluss als Bedingungen genannt worden waren. „Er wollte den Abzug verbliebener russischer Stationierungstruppen aus Georgien und der Republik Moldau erreichen, um den NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens vorzubereiten.“¹ Obwohl Russland die Stationierungstruppen aus Georgien abzog, änderte sich die Haltung der USA nicht. Aus Bündnissolidarität ratifizierten die meisten NATO-Staaten den AKSE-Vertrag auch nicht. Dies war insofern fatal, als 2004 mit den baltischen Staaten neue Mitglieder der NATO beitreten, die dem KSE-Vertragsregime nicht angehörten. „So entstanden an Russlands Grenzen potentielle Stationierungsräume der Allianz, die keinen rechtsgültigen Rüstungskontrollregeln unterliegen.“² Zudem verletzten die USA die in der NATO-Russland-Grundakte 1997 und im AKSE-Vertrag eingegangenen Konsultationsverpflichtungen. Sie handelten einseitig, indem sie ab 2007 eine ständige Militärpräsenz am Schwarzen Meer durch Kampftruppen in Bulgarien und Rumänien schufen. Im Jahr 2007 „suspendierte“ Russland als Reaktion auf die NATO-Osterweiterung diesen Vertrag, der als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit“ gepriesen worden war. 2015 kündigte Russland den Vertrag auf, nachdem die USA angekündigt hatten, für ein Manöver US-Soldaten ins Baltikum zu verlegen.

2019: Kündigung des *INF-Vertrages* (Intermediate Range Nuclear Forces von 1988) durch die USA unter der ersten Präsidentschaft von Donald Trump. Russland kündigte den Vertrag ebenso in der Folge. Dieser eigentlich unbegrenzt geltende Vertrag bedeutete vor allem die reale Verschrottung von etwa 2700 landgestützten Mittelstreckenraketen bis 1991 und das Verbot der Herstellung und Stationierung von diesen Raketen (1000-5500km Reichweite). Zudem wurde informell vereinbart, dass beide Kernwaffenstaaten ihre taktischen Atomwaffen abziehen. Nur

die USA beließen wegen der „nuklearen Teilhabe“ einen Rest in NATO-Europa. Der Kündigung des INF-Vertrages durch die USA gingen seit 2014 Vorwürfe an Russland voraus, einen Marschflugkörper (SCC-8/9 M729) mit einer Reichweite von 2600 km entwickelt zu haben. Russland gab die Reichweite mit 480 km an. Russland beschuldigte seinerseits die USA, mit der Stationierung von sogenannten Startkanistern in Polen und Rumänien ab 2007 den Einsatz von offensiven US-Marschflugkörpern möglich zu machen und damit den INF-Vertrag zu verletzen. Das Friedensgutachten 2019 bemerkte zu letzterem: „Technisch gesehen sind diese Anschuldigungen berechtigt.“³

Alle Versuche, das im Vertrag für solche Streitfälle vorgesehene Beratungsgremium einzuberufen, sind gescheitert. Inzwischen wurde bekannt, dass die USA schon vor 2019 neue INF-Flugkörper entwickelten und die Stationierung von neuen konventionellen, zielgenauen Raketen im Zuge ihres Multi-Domain Task Force-Programms vorsahen, wie sie nun auch für 2026 mit der neuen Nachrüstung in Deutschland ansteht.

Eine Übersicht

Hier noch ein chronologischer Blick auf das Schicksal von Rüstungskontrollverträgen.

Abkommen	Unterzeichnung/ in Kraft getreten	Inhalt/Schicksal
Atomwaffensperrvertrag	1968/1970	Verbietet die Weitergabe von Atomwaffen; Unterstützt von USA und Sowjetunion/Russland; 191 Mitgliedstaaten Bisher nur Nordkorea ausgetreten

Begrenzung strategischer Atomwaffen: von SALT (Strategic Arms Limitation Treaty) (1972) zu New START (Strategic Arms Reduction Treaty)	1972 2010-2021/2026 Nach einer Vereinbarung zwischen Putin und Biden 2021 wurde der Vertrag um 5 Jahre verlängert.	Vertragsparteien: USA und Sowjetunion/Russland 2023 Russland setzt Teilnahme aus, will sich aber an Obergrenzen halten Begrenzt strategische Trägersysteme auf 800 und Nuklearsprengköpfe auf 1.500 pro Partei
INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces)	1987/1988	Vertragsparteien USA und Russland Verbot von landgestützten Mittelstreckenraketen (500-5.500km Reichweite); Verschrottung von Raketen 2019 zuerst von USA, dann von Russland gekündigt
Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)-Vertrag AKSE-Vertrag (A= Angepasster KSE)	1988/1992 1992/ nie	Der AKSE-Vertrag sollte den KSE-Vertrag fortschreiben; USA und NATO-Staaten blockieren die Ratifikation; Russland suspendiert seine Mitgliedschaft 2007 und kündigt sie 2015 auf
Vertrag über den Offenen Himmel	1992/2002	Öffnung des Territoriums für unbewaffnete Überwachungsflüge 2020 treten USA, 2021 tritt Russland aus

Umfassender Teststopp-Vertrag	1996/ nie	Teststopp für Atomwaffen; ausgezeichnetes globales Überwachungssystem eingerichtet Von 178 Staaten ratifiziert (darunter Russland 2000, aber 2023 zurückgezogen) Nicht dabei: USA, China, Israel, Indien, Pakistan u.a.
Landminen-Konvention (Ottawa-Konvention)	1997/1999	Umfassendes Verbot für Anti-Personen-Minen Nicht dabei: USA, Russland u.a.
Wiener Dokument 1999	1999/2000	Transparenz und Vertrauensbildung im OSZE-Kontext Liegert derzeit faktisch auf Eis
Konvention über Clustermunition	2008/2010	Umfassendes Verbot für Streumunition Nicht dabei: USA, Russland u.a. (auch Ukraine ab 2023)
Atomwaffen-Verbots-Vertrag	2017/ 2021	Umfassendes Verbot für Atomwaffen Nicht dabei: USA und alle anderen NATO-Staaten; alle anderen Kernwaffenstaaten

Zudem sind viele Bemühungen um RK-Abkommen in der Diskussion, kommen aber seit Jahren nicht voran, wie zum Beispiel ein Abkommen zur Begrenzung spaltbaren Materials, über die Nutzung des Weltraums und zum Verbot von autonomen Waffensystemen.

1 Wolfgang Richter: Im Spannungsfeld von Nato und Russland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2022, S.57.

2 ebd.

3 Friedensgutachten 2019: Vorwärts in die Vergangenheit? Frieden braucht Partner, Berlin, S. 33.

...es nie ein Versprechen gab, die NATO nicht nach Osten zu erweitern?

Zur Frage des NATO-Beitritts der Ukraine hört man immer wieder: Man könne einem souveränen Land einen Beitritt zu einem Bündnis nicht verbieten: Und außerdem habe es auch nie ein Versprechen des Westens gegeben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Diese Versprechen waren jedoch von wesentlicher Bedeutung bei den Verhandlungen zur Deutschen Einheit, bei der zugleich eine umfassende Abrüstung beider Seiten beschlossen wurde. Allerdings haben das Versprechen nicht alle ernst gemeint, wie aus später bekanntwerdenden Protokollen ersichtlich wurde:

Die erhelltendste Formulierung zu dieser Frage stammt von Robert Gates, später CIA-Chef, dann Verteidigungsminister. Bereits im Jahr 2000 erklärte er: „*Wir haben die Russen in den Glauben versetzt, dass es nie eine NATO-Osterweiterung geben würde.*“¹

Und dieser Glauben konnte sich auf die Äußerungen verschiedenster Politiker gründen, wie z.B. die des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der bei einer Tagung am 31. Januar 1990 in Tutzing sagte:

„[...] die Veränderungen in Osteuropa und der deutsche Einigungsprozess dürfen nicht zu einer ‚Beeinträchtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen‘ führen. Deshalb muss die Nato eine Ausdehnung ihres Territoriums nach Osten, also eine Annäherung an die sowjetischen Grenzen ausschließen.“²

Derartige Sicherheitsgarantien wurden auch formuliert von US-Außenminister James Baker, US-Präsident George Bush, Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Verteidigungsminister Robert Gates und nahezu allen europäischen Staatschefs wie auch vom damaligen Nato-Generalsekretär Manfred Wörner.³

Diese Zusagen waren von Anfang an eine Täuschung. Im Februar 1990, kurz nachdem Präsident Bush feierlich versicherte, dass der Westen aus der neuen Situation keinen Vorteil zu Lasten Moskaus ziehen wolle, zitierte er Helmut Kohl in die USA. Kohl wollte wissen, wie nun mit den Versprechen umzugehen sei. Bush: „*Zur Hölle damit. Wir haben uns durchgesetzt, nicht sie. Wir*

dürfen nicht zulassen, dass die Russen uns den Sieg entreißen." Bush erklärt auch, dass es keine Friedensdividende geben dürfe und die USA für ihre eigene Sicherheit Deutschland als Militärstützpunkt bräuchten. Robert Gates in seinen Memoriien: „Die neue Strategie lautete, die Russen zu schmieren, damit die Nicht-Erweiterung nicht verschriftlich wird.“⁴

Der sowjetische Staatspräsident und Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, bemerkte schließlich, dass die Zusicherungen nicht in den Zwei-Plus-Vier-Verträgen auftauchten. Wütend beschwerte er sich bei Kohl, er sei wohl in eine Falle getappt. Kohl schaffte es jedoch, Gorbatschow zu beschwichtigen und versprach ihm 15 Milliarden D-Mark Staatshilfen. Er lenkte ein und das Vertragswerk war besiegelt. Das Gespräch gilt heute als das teuerste Telefonat, das Helmut Kohl je geführt hat.⁵

Die NATO-Osterweiterung erfolgte dann in drei Schritten 1999, 2004 und 2023/24 (Finnland und Schweden).

Eine Anfrage des russischen Präsidenten Putin im Jahr 2000, in die NATO eingeladen zu werden, blieb ohne Folgen.

Welche desaströsen Folgen diese Politik haben könnte, die 1990 gemachten Zusagen nicht einzuhalten, davor wurde schon 1997 gewarnt: Über 60 führende Experten für US-Außenpolitik wiesen in einem Brandbrief an Präsident Clinton darauf hin. Die NATO-Osterweiterung würde die Demokratisierung Russlands beenden und Europa destabilisieren. Vom größten Fehler der Nachkriegszeit war die Rede. Auch der frühere US-Botschafter William Burns warnte 2008, niemand in Russland, auch nicht die liberalsten Kritiker Putins, würden in der Osterweiterung etwas Anderes sehen als eine direkte Bedrohung. Und auch in Deutschland erhoben sich warnende Stimmen. So schrieben Roman Herzog, Herta Däubler-Gmelin, Antje Vollmer, Erhard Eppler, Horst Teltschik und andere 2015 einen offenen Brief mit der Überschrift: „Krieg in Europa – nicht in unserem Namen“.⁶ Sie forderten die Achtung russischer Sicherheitsinteressen – andernfalls könne es Krieg geben.

Zugleich wurde in den 1990er Jahren die historische Chance auf konsequente Abrüstung und auf einen dauerhaften Frieden verspielt. Die NATO, als Schutzmacht gegen den aggressiven und expansiven Kommunismus und den Warschauer Pakt, hatte ihre Existenzbedingung und Begründung verloren. Die Bundeswehr wie die westlichen europäischen Armeen hatte ihren Feind verloren und suchten in den 1990er Jahren eine neue Existenzbegründung: den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und vielen Auslandseinsätzen, von Afghanistan bis Somalia. Währenddessen verfolgten die USA das Ziel, die einzige und stärkste Supermacht der Welt zu werden. In Folge wurden keine neuen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge mehr geschlossen, sondern eingegangene Verträge sukzessive beendet bzw. nicht verlängert.

1 Robert Gates, University of Virginia, Miller Center Oral History, George H.W. Bush Presidency, July 24, 2000, p. 101)

2 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

3 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

4 ebd.

5 <https://www.stern.de/politik/ausland/nato-osterweiterung-wie-der-westen-einst-gorbatschow-uebertoelpelte-3839144.html>

6 <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>

...nur Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung den Frieden sichern kann?

Die Antwort ist schnell gegeben: Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung schaffen allenfalls zeitweilig eine gewisse, jedoch einseitige Sicherheit für einen Staat oder ein Staatenbündnis, nicht aber Frieden zwischen Staaten. Es erinnert an Sprachregelungen von Autokraten, wenn „Sicherheit“ mit „Frieden“ gleichgesetzt wird. „Frieden“ stellt nach Harald Müller einen klar definierbaren Zustand zwischen sozialen Akteuren dar, „der gekennzeichnet ist durch die Abwesenheit direkter, verletzender physischer Gewalt und in dem deren möglicher Gebrauch gegeneinander in den Diskursen der Kollektive keinen Platz hat.“¹ Sicherheit dagegen ist insofern ein asozialer Begriff, als er sich immer gegen einen Dritten oder etwas Drittes richtet, vor dem Sicherheit gesucht werden muss.² Mit Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung geht die Suche nach Sicherheit mittels Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gegen den Dritten einher.

Frieden ist dagegen mehr als Sicherheit und mehr als Nicht-Krieg. Selbst in dieser eng geführten Definition von Harald Müller setzt Frieden zumindest voraus, dass ehemals verfeindete und nun in Frieden lebende Gesellschaften Institutionen der Konfliktbearbeitung ausgebildet haben und nicht mehr auf militärische Bedrohungen setzen. Ein Beispiel dafür ist die deutsch-französische Beziehung, in der die Erbfeindschaft hinter sich gelassen wurde und die nun als Frieden zu charakterisieren ist. Dies setzt Empathie, annähernd gleiche Werte und Interdependenzen sowie enge gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bevölkerungen voraus, für die die vielen Städtepartnerschaften ein Ausdruck sind.

Aber sichern Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung verlässlich einseitige Sicherheit? Die Risiken einer solchen Politik liegen auf der Hand. Sicherheit durch Drohpolitik verschärft das Sicherheitsdilemma, in dem sich souveräne Staaten befinden. Das, was die eine Seite als defensive Rüstung zur Sicherheit zu brauchen scheint, erzeugt bei der anderen Seite Ängste und Vermutungen über aggressive Pläne der Gegenseite. Und so versuchen beide Seiten, sich durch eigene Aufrüstung zu sichern – beide in defensiver Absicht! Doch so wird der Rüstungswettlauf

in Gang gesetzt. Da zudem beide Seiten vom schlimmsten Fall bei der Planung ihrer Vorbereitungen ausgehen, herrscht ständig Ungewissheit über die Absichten der anderen Seite. Fehl wahrnehmungen, falsch eingeschätzte Unfälle oder das schlichte Versehen können kriegsauslösende Wirkung haben. Da die Gegenseite strukturell als aggressiv eingeschätzt werden muss, leben Staaten in ständiger Unsicherheit und Kriegserwartung. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, den alle erwartet haben, manche nicht erwarten konnten, ist ein Beispiel dafür, als nach dem Sarajewo-Attentat die Mobilisierung einer Großmacht die Mobilisierung der anderen auslöste. Heute kommt dies zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass ein Teil der strategischen Atomwaffen der Großmächte in ständiger Alarmbereitschaft sind und sofort gestartet werden könnten. Wir leben folglich unter ständiger Bedrohung – und merken es nicht! Neben der Wirkung nach außen, sind auch die Folgen nach innen bedeutsam: die notwendige Kriegstüchtigkeit hat neben horrenden Staatsausgaben für Rüstung, Mittel die dann für Klimaschutz, Infrastruktur und Sozialstaat fehlen, hohe psychische und politische Kosten. Angst und Unsicherheit durch eine auf Gewalt und Militär aufbauenden Sicherheitspolitik sind die Folge. Und auch der demokratische Charakter des Staates wird massiv gefährdet. Denn er muss die Kriegstüchtigkeit mental durchsetzen, was letztlich heißt, alle kritischen Stimmen zur Sicherheitspolitik zu marginalisieren, zu diskreditieren oder gar zu diskriminieren, da sie angeblich das Geschäft des Gegners betreiben und die „Wehrbereitschaft“ untergraben.³

Sicherheitspolitik hat dann jedoch eine Chance, in einen Friedenszustand einzumünden, wenn sie zwar auf Widerständigkeit gegen Invasoren, nicht aber auf Bedrohung setzt, und wenn sie von einem Management der Gewaltmittel begleitet wird, das durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie Dialogforen zu kontroversen Themen gekennzeichnet ist. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte diese Qualitäten. Die westliche Vormacht USA wollte jedoch Sicherheit auch nach dem Kalten Krieg mittels der NATO herstellen.

Bis heute wird zur Begründung von Aufrüstung immer wieder die römische Maxime der militärischen Stärke zitiert, gewissermaßen als ewig gültige, paradoxe Wahrheit: „*Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor*“. In der Geschichte haben mit dieser Haltung nicht nur die

Römer, auch viele andere Staaten und Herrscher, viele Kriege geführt. Angesichts der heutigen, absolut zerstörenden Waffenarsenale ist eine solche Logik extrem riskant.

Dagegen lautet die Formel des friedlichen Zusammenlebens im 21.Jahrhundert:

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten und aufbauen, Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

1 Harald Müller: Begriff, Theorien und Praxis des Friedens, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 209-250, S. 219.

2 Vgl. dazu Sabine Jaberg: Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen, in: W&F Dossier 75, 2014 (Beilage zu Wissenschaft & Frieden 2/2014), 8-11.

3 vgl. dazu: Ulrich Böckeling, DER SPIEGEL 18/25; Julia Zeh u.a. in DIE ZEIT, 30.4.25

...Deutschland und Europa “wiederbewaffnet” werden müssen, da die USA uns nicht schützen werden?

Unbestritten ist: wenn man sich militärisch verteidigen können will, muss man dafür die entsprechenden Waffen anschaffen. Unbestritten ist auch, dass Fehlendes kompensiert werden muss, wenn der mächtigste Staat aus dem Verteidigungsbündnis faktisch aussteigt. Mit dem Begriff der „Wiederbewaffnung“ geht zugleich aber auch einher, dass da jahrelang etwas versäumt wurde und die Bundeswehr „blank“ sei, wie seit Jahren diagnostiziert wird. Ein Blick auf die Rüstungsausgaben Deutschlands zeigt, dass seit 2007 jährlich ca. 40 Mrd. € und mehr für Verteidigung ausgegeben wurden. Was – so muss man fragen dürfen - wurde denn mit den 736,6 Mrd.€ gemacht, die bis 2022 zur Verfügung standen? Und wie kann es sein, dass Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine möglich waren, wenn da nichts gewesen wäre?

Doch eine „Wiederbewaffnung“ bzw. Aufrüstung steht immer auch in Relation zum angenommenen Gegner, und so wirft ein Blick auf die Militärhaushalte der USA, der europäischen NATO-Staaten sowie Russlands eher die Frage auf, ob die nun schon seit Jahren laufende Aufrüstung eigentlich gerechtfertigt ist. Zur Erinnerung: seit 2001 sind die Militärausgaben Deutschlands von 28,1 Mrd. € auf 88,5 Mrd. € im Jahr 2024 gestiegen. Die neuesten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI¹ geben eine Steigerungsrate von 89 % seit 2015 an, nach Russland mit 100% die zweithöchste Steigerungsrate für diesen 10 Jahres-Zeitraum. Die NATO gibt insgesamt seit vielen Jahren sehr viel mehr für Militär und Rüstung aus als Russland. So zeigt sich laut SIPRI für 2024 eine deutliche Überlegenheit der NATO, ja selbst der Europa-NATO, ohne die USA:

NATO-Ausgaben 2024 insgesamt: 1506 Mrd. US\$ (55% der weltweiten Ausgaben), eine Steigerung um 8,9 % gegenüber 2023 und um 31% im Vergleich zu 2015.

Europa-NATO 2024: 454 Mrd. US\$ (16% der weltweiten Ausgaben)

Russland 2024: 149 Mrd. US\$ (5,5% der weltweiten Ausgaben), eine Steigerung um 38% gegenüber 2023 und um 100% im Vergleich zu 2015.

Klar ist, dass die Kosten in Russland für Soldatengehälter und die Waffenproduktion niedriger sind. Doch stellt man auch dies in Rechnung, so entsprechen die 149 Mrd. US\$ kaufkraftbereinigt etwa 300 Mrd.US\$, also immer noch ein Drittel weniger als allein die Europa-NATO-Ausgaben und immer noch nur ein 20 Prozent der gesamten NATO-Ausgaben.

Die Frage drängt sich deshalb auf, ob und warum es wirklich nötig war, in Deutschland ein 100 Mrd.€ Sondervermögen 2022 einzurichten und im März 2025 weitere, enorme Rüstungsausgaben auf Schuldenbasis in unbegrenzter Höhe zu ermöglichen. Zudem können künftig Staatsschulden für Militärausgaben von den Bestimmungen des Stabilitätspaktes der EU ausgenommen werden. Nach dem Plan der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sollen so Rüstungsgelder in Höhe von 800 Mrd.€ mobilisiert werden. Ganz offen wird der Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland und in der EU geplant.

Stellt man dagegen die ökonomischen und fiskalischen Möglichkeiten Russlands für die nächsten Jahre, die die Grundlage weiterer Aufrüstung sind, so werden die Ungleichgewichte noch deutlicher. Obwohl Russland versuchte, die westlichen Sanktionen abzufedern sanken die Exporte fossiler Brennstoffe auf etwa die Hälfte des Vorkriegsniveaus, die Ölennahmen gingen um rund 120 Mrd.€ zurück und Gasprom verzeichnete 2023 erstmals in seiner Firmengeschichte einen Verlust. Zur Finanzierung des Krieges musste Russland Kredite aufnehmen und verbrauchte 67% der liquiden Reserven des Nationalen Vermögensfonds. Ende 2024 waren davon nur noch 33,6 Mrd € übrig. Die Reserven könnten Ende 2026 völlig erschöpft sein. Zudem lag 2024 die Inflation bei zehn Prozent, weshalb der Leitzins auf 21 Prozent angehoben wurde.² Und zu beachten ist auch der „brain drain“, der seit Beginn des Krieges stattfindet: seit 2022 haben rund eine Million meist junge, gebildete und wohlhabende Russen das Land verlassen, was für die künftige Entwicklung des Landes weitreichende Folgen hat, zumal dies durch eine Zuwanderung nicht kompensiert werden kann. Und schließlich ist zu berücksichtigen, dass 2024 das BIP Russlands (2.161 Mrd. US\$) in etwa dem Brasiliens (2.171 Mrd.US\$) entspricht, über die Hälfte weniger als das von Deutschland (4.658 Mrd. US\$) und um ein fast achtfach Geringeres als das der sechs wirtschaftlich stärksten Europa-NATO-Staaten (16.785 Mrd.US\$).

Aber auch im Hinblick auf die Waffenpotenziale von USA, Europa-NATO und Russland besteht ein Ungleichgewicht und untermauert die schon seit Jahren bestehende deutliche Überlegenheit der NATO-Staaten gegenüber Russland.³

	EU	USA	Russland
BIP (2023 in Bio US\$)	16,96	27,72	2,00
Einwohner (2024 in Mio)	449,2	333,3	143,8
Truppen (2023 in Mio)	1,91 (Euro NATO)	1,41 (davon 0,1 in Europa)	1,32 (0,54 westl. Ural)
Kampfpanzer	6.297	2.640	2.000
Gepanzerte Fahrzeuge	28.822	15.667	11.020
Artillerie	15.399	6.463	5.399
Kampfhubschrauber	421	880	348
Hauptkriegsschiffe	140	122	33
U-Boote	73	60	33
Kampfflugzeuge	2.073	3.244	1.029
Strategische Bomber	0	140	129
Militärausgaben 2024 (Mrd US \$, lt. SIPRI)	454	997	149

Aber werfen wir noch einen Blick auf die Annahmen, die hinter dieser Frage stehen. Unhinterfragt wird darin ein Zusammenhang zwischen Wiederbewaffnung und dem Schutz Deutschlands und Europas behauptet. Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass Abschreckung und Verteidigung mit militärischen Mitteln gegenüber Russland tatsächlich Schutz bewirken. Wie stünde es also im „Verteidigungsfall“ mit den Aussichten, Deutschland als demokratische und lebensfähige Dienstleistungs- und Industriegesellschaft zu erhalten? Alle NATO-Manöver der letzten Jahrzehnte zeigen jedoch, dass Deutschland unweigerlich Schauplatz eines – wenn auch auf Europa begrenzten – Atomkrieges sein wird.⁴ Schon 1970 hat eine Forschergruppe um Carl Friedrich von Weizsäcker festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland weder konventionell

noch atomar zu verteidigen ist.⁵ Ein Blick auf die heutigen Kriegsschauplätze unterstreicht dramatisch, was allein bei einer konventionellen Kriegsführung von einem Land übrigbleibt.

Wenn Verteidigung nicht möglich ist, weil das, was geschützt werden soll, zerstört wird, dann bleibt nur Kriegsverhütung. Diese mit militärischen Mitteln zu bewirken heißt, einen Gegner abzuschrecken – aber wie glaubwürdig ist eine Abschreckung durch „Verteidigung“, wenn es die Selbstzerstörung des zu verteidigenden Landes zur Folge hat? Diese Frage stellt sich erst recht, wenn statt einer angeblich abschreckenden konventionellen „Verteidigung“ der Weg einer atomaren Abschreckung⁶, sei es durch die USA, Frankreich und Großbritannien, die EU als „Verteidigungsunion“ oder durch Deutschland selbst gewählt wird. Auch dann wird von Europa (und wegen des nuklearen Winters auch von vielen anderen Teilen der Welt) nicht viel übrigbleiben. Es wäre das Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen. Militärgestützte Kriegsverhütung ist höchst riskant, stiftet Misstrauen und setzt eine Aufrüstungsspirale in Gang. Im (atomaren) Abschreckungspoker sind es allein die atomaren Befehlshaber bzw. Herrscher, die ihre Bevölkerungen gegenseitig als Geiseln nehmen und über Sein oder Nicht-Sein entscheiden – ein höchst beunruhigender und inakzeptabler Zustand. Im Zeitalter hochentwickelter, totaler Destruktionspotenziale ist es ein Gebot der Vernunft, Kriegsverhütung durch Diplomatie, aktive Konfliktbearbeitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung anzustreben.

Wer den Frieden will, muss Frieden schaffen durch Friedens- und Kooperationsverträge.

1 vgl. SIPRI fact sheet

<https://www.sipri.org/publications/2025/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2024>
aufgerufen am 02.05.2025

2 vgl. dazu: Lukas Theinert: Der Preis des Krieges, IPG vom 30.04.2025.

3 Quellen: Statista Militärausgaben Deutschlands von 1953 bis 2024,
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183064/umfrage/militaerausgaben-von-deutschland/>
aufgerufen am 02.05.2025; SIPRI-Angaben
<https://www.sipri.org/publications/2025/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2024>
aufgerufen am 02.05.2025; Greenpeace: Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der NATO und Russlands, 2024, S.16. Die Studie beruft sich auf Military Balance 2024 des International Institute for Strategic Studies (IISS).

4 siehe dazu Jonas Tögel: Kriegsspiele, Frankfurt/M. 2025.

5 Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.

6 siehe dazu Olaf L. Müller: Atomkrieg. Eine Warnung, Stuttgart 2025.

...man ohne militärische Verteidigung wehrlos ist?

Pazifismus wird oft mit Wehrlosigkeit gleichgesetzt. Es geht jedoch nicht um ein passives Erdulden oder gar um Selbstaufgabe, sondern um aktive Gewaltfreiheit zur eigenen Verteidigung. Darunter versteht man Formen der sozialen Verteidigung, die es einer Besatzungsmacht erschweren, bzw. verunmöglichen, Herrschaft über eine Gesellschaft auszuüben. Dazu zählen verschiedene Formen kommunikativen Handelns, beispielsweise Verwirrung der Besatzer durch Desinformation, Störung der militärischen Kommunikation. Aber auch härtere Formen des Widerstandes sind möglich: Straßenblockaden, Sabotageakte an militärischen Geräten und Einrichtungen, Verweigerung der Kooperation bei gleichzeitiger Stärkung des Widerstandes im Untergrund.

Gleichwohl gilt es die Kommunikation mit dem Gegner zu suchen und die eigene Gewaltfreiheit glaubwürdig darzustellen. Auch im Krieg Russlands gegen die Ukraine kamen solche Aktionen zum Einsatz. Die Bevölkerung von Dörfern und Städten entlang der Marschroute der russischen Armee brachten den Konvoi zum Stoppen und verwandelten die Soldaten in Gespräche, in denen sie ihnen klarmachten, dass die Putin'sche Erzählung von der Befreiung der Ukraine von Faschisten nicht zutrifft. In einigen Orten haben lokale Behörden die Zusammenarbeit verweigert. Auch deshalb gelang der russischen Armee der Vormarsch nicht so einfach, teilweise wurden besetzte, unbeugsame Orte wieder geräumt.¹ In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele von gewaltfreiem Widerstand: in Deutschland 1923 der Ruhrkampf² gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien, Gandhis Unabhängigkeitsbewegung in Indien oder die Bürgerrechtsbewegung in Prag 1968 beim Einmarsch der sowjetischen Truppen.

Soziale Verteidigung setzt auf Einsicht und Empathie, auf eine Friedenslogik anstelle einer militärischen Logik.³ Das bedeutet, auch im Gegner den Menschen zu sehen, der beispielsweise auch eine Familie hat, die er auch geschützt wissen möchte. Es geht um die positive Ansprache mit dem Ziel, einen Perspektivwechsel herbeizuführen und dem Gegner die Möglichkeit zu geben, seine Sicht auf den Konflikt zu ändern. Klar ist, dass soziale Verteidigung nicht immer erfolgreich und auch nicht ungefährlich ist. Zahlreiche Untersuchungen kommen jedoch zu dem

Ergebnis, dass gewaltfreier Widerstand in vielen Konflikten erfolgreicher war als eine militärische Verteidigung.⁴ Zur Verteidigungsfähigkeit ist die Ausbildung der gesamten Bevölkerung in den Methoden der gewaltfreien sozialen Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat notwendig. Eine solchermaßen geschulte Gesellschaft wäre auch resistent gegenüber Bedrohungen von innen. Gewaltfreie, soziale Verteidigung ist keine Garantie auf Gewaltfreiheit des Konfliktes. Aber ein Beitrag, die Gewaltspirale zu stoppen und den Konflikt zu deeskalieren. Auch mit den Methoden der sozialen Verteidigung kann es Verletzte und Tote geben. Diese stehen aber in keinem Verhältnis zum Sterben auf den militärischen Schlachtfeldern. Außerdem werden Zerstörungen an Infrastruktur und Natur, an Wohnungen und Versorgungseinrichtungen geschont und damit der friedliche Wiederaufbau erheblich erleichtert.⁵

Aktive Gewaltfreiheit lässt sich vielfältig begründen. Artikel 1 des Grundgesetzes, der alle anderen Artikel überragt, bestimmt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Würde hat demnach nicht nur der deutsche Mensch, sondern alle Menschen. Für Christ:innen sind Nächstenliebe und das Prinzip der Gewaltfreiheit eigentlich gesetzt. Gewaltfreies Handeln wird in der Bergpredigt wunderbar dargestellt: „*Wenn einer dich zwingt, eine Meile mit ihm zu gehen, dann gehe zwei mit ihm*“. Hier wird Bezug genommen auf das Recht der römischen Besatzungsmacht, israelische Bürger zu zwingen, eine Meile ihr Gepäck zu tragen. Juristisch korrekt, wie die Römer waren, war dies wirklich nur für eine Meile zulässig. Geht jemand freiwillig eine weitere Meile mit, handelt er aus freien Stücken und ist damit nicht mehr Knecht, sondern Subjekt seines Handelns. Ohne Knecht kann der Herr nicht Herr sein. Unterdrücker und Unterdrückter begegnen sich auf Augenhöhe. Mehr noch: der Unterdrücker, dem nur eine erzwungene Meile gestattet ist, wird ins Unrecht gesetzt. Dadurch wird aber das Unrecht der ganzen Bestimmung sichtbar.

Ebenso verhält es sich mit dem Hinweis „*Wenn Dich einer auf die rechte Wange schlägt, so halte ihm auch die linke hin*“. Im Altertum war es üblich, Untergebene (z.B. Sklaven) mit der Rückseite der rechten Hand auf die rechte Wange zu schlagen. Damit wurde nicht nur Gewalt ausgeübt, vielmehr war es auch eine Geste der größten Verachtung. Eine Berührung der linken Wange des Gegenübers mit der Innenseite der Hand wurde dagegen mit Zärtlichkeit assoziiert. Es ist also

eine paradoxe Intervention, wenn der Geschlagene die linke Wange hinhält. Auch hier wird er zur handelnden Person, die die Situation in ihr Gegenteil verkehrt und so die Täter-Opfer-Konstellation auflöst. Bedauerlich ist, dass diese Szenen und Handlungsweisen häufig zitiert werden, um christlich-pazifistische Dummheit zu markieren, statt die hintergründigen Erklärungen zu würdigen.

1 Daza, F., Gewaltfreier ziviler Widerstand in der Ukraine im Angesicht des Krieges: Analyse der Trends, Auswirkungen und Herausforderungen gewaltfreier Aktionen in der Ukraine zwischen Februar und Juni 2022. ICIP & Novact, Barcelona, 2022.

2 Barbara Müller: Kämpferische Demokratie. Militärische Besetzung und gewaltlose Befreiung des Ruhrgebietes 1923-1925, 2025.

3 Zum Thema Friedenslogik vgl. Hanne-Margret Birkenbach, Friedenslogik verstehen-Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Frankfurt, 2023.

4 Erica Chenoweth, Maria J. Stephan, Warum ziviler Widerstand funktioniert - Die strategische Logik gewaltloser Konfliktbearbeitung, Nomos, 2024.

5 Ein Konzept einer zivilen gewaltfreien Verteidigung entwickelt u.a. die Initiative „Sicherheit neu denken“ (sicherheitneudenken.de)

...dass Russland den Westen mit seiner „Drohnenaggression“ und mit Kampfjets testet?¹

Ausschließen kann man es nicht, dass Russland mit Drohnen und Kampfjets in westliche Hoheitsgebiete eindringt, gesichert ist das aber mitnichten. Deshalb ist es umso gerechtfertigter, mit solchen Vermutungen vorsichtig zu sein und diese sorgfältig im Hinblick auf ihre Faktenbasis sowie ihre Plausibilität zu überprüfen. Denn schon in der Vergangenheit haben sich solche Vermutungen, die als solche ein politisches Eigengewicht gewonnen haben, als unzutreffend erwiesen.

Nennen wir ein Beispiel:

Nachdem am 26. September 2022 North Stream 2 gesprengt worden war, konnte man, unter Berufung auf Geheimdienstkreise, im Spiegel lesen, vieles spreche für einen russischen Terrorakt. Mit der Aktion solle der Gasmarkt ins Chaos gestürzt und der Gaspreis hochgetrieben werden. Der Gaskrieg sei schon immer ein Begleiter der russischen Geschichte gewesen.² Heute wissen wir, North Stream 2 wurde von einer Gruppe aus der Ukraine gesprengt.³

Wie lässt sich die Lage derzeit beschreiben?

Erst kürzlich haben die drei Chefs der deutschen Geheimdienste (BND, MAD und Verfassungsschutz) erneut davor gewarnt, dass Russland „*auch eine direkte militärische Auseinandersetzung mit der Nato nicht scheuen*“ werde⁴ – und zwar nicht erst 2029, wie es immer wieder aus der Bundeswehr zu hören gewesen ist. Verwiesen wird als Beleg dafür auf die Verletzung des estnischen Luftraums durch Russland und auf Drohnen, für die Russland verantwortlich sei oder im Verdacht stehe, der Urheber zu sein.⁵ Schon zuvor wurde in der Talkshow Caren Miosga öffentlichkeitswirksam erklärt, Russland bereite aktuell den Angriff auf die Ostflanke der Nato vor. Teil der Vorbereitung seien die Drohnenangriffe. Putin teste die Nato.⁶ Zweifel, ob es überhaupt russische Drohnen über Dänemark gab, wurden in der Sendung allerdings nicht geäußert. Diese Zweifel gibt es aber tatsächlich. Unter Berufung auf das

Fachforum „Metabunk“ berichtet die „Zeit“ vom 26. 9. 25⁷, es habe sich wahrscheinlich um ein inzwischen identifiziertes Kleinflugzeug gehandelt – keineswegs um eine Drohne.

Und noch ein Beispiel: Auch das Manöver Sapad, das Russland und Weißrussland alle vier Jahre durchführen, wurde viele Wochen als Bedrohung für die Nato dargestellt. Dabei ließ sich nachlesen, dass das Manöver gemäß den Richtlinien der OSZE angekündigt worden war und internationale Militärbeobachter*innen auch aus westlichen Ländern daran teilnahmen. Außerdem wurde der Manöverraum entgegen der ursprünglichen Planung weiter nach Osten, in die Mitte Weißrusslands verlegt, um Befürchtungen der baltischen Staaten zu minimieren. Wie kann es sein, dass von dem unmittelbar bevorstehenden Angriff der Russen und von Drohnenaggressionen gesprochen wird, obwohl es hierfür bisher keine belastbaren Beweise gibt?

Warum? Darauf gab jüngst Carlo Masala, Professor an der Hochschule der Bundeswehr München, eine Antwort. Junge Zeit-Journalisten wollten von den bekanntesten Talkshowgästen in Sachen Ukraine wissen, welche Fakten sie hätten, die einen bevorstehenden Angriff belegen könnten. Antwort: Keine. Man vermute und spekuliere lediglich. Aber so Masala in der Zeit vom 26. Mai 2025: „*Sie müssen sagen, dass Russland angreifen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsausgaben einzustimmen.*“⁸

Auch die Berichterstattung über die Drohnen über Polen, erscheint häufig zumindest nicht vollständig. Schnell war von Putins Aggression und Provokation die Rede, davon, dass er die Nato teste, um zu sehen, wie weit er gehen könne. Die Nachricht der Agentur „Reuters“ wonach der belarussische Generalstabschef Generalmajor Pawel Murawejko Polen und Litauen über den Anflug der Drohnen vorab informiert und gewarnt habe, wurde dagegen kaum zur Kenntnis genommen. Polen hat die Warnung Murawejkos inzwischen offiziell bestätigt.⁹ Belarus und Russland haben eine gemeinsame Luftabwehr – also wurde in Abstimmung mit dem Kreml vor verirrten Drohnen gewarnt. Was also soll das für eine Provokation und was für ein Test sein, wenn Moskau vorher anrufen lässt, um vor fehlgeleiteten Drohnen zu warnen? Diese Nachricht passte schlicht nicht ins Bild über die demnächst angreifenden Russen. Richtig ist, dass die Bundeswehr umfangreiche Technik zur Ablenkung russischer Drohnen an die Ukraine geliefert hat.¹⁰

Auch die „russischen Kampfjets über Estland“ erscheinen in einem etwas anderen Licht, wenn man sich mit der Geschichte etwas genauer befasst. Estland veröffentlichte eine Karte aus der hervorgeht, dass die russischen Maschinen über dem Meer pfeilgerade von Ost nach West geflogen sind – was sie häufig tun, um die russische Enklave Kaliningrad zu erreichen. Estland protestierte, denn die russischen Maschinen hätten die estnische Seegrenze verletzt. Vom Festland waren sie definitiv weit entfernt. Der frühere Chef der Bundeswehr und Ex-Vorsitzender des Nato-Militärausschusses -General Harald Kujat, hat nun darauf hingewiesen, dass der Verlauf dieses Hoheitsgebiets im finnischen Meerbusen umstritten sei, da die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Estland und Russland bis heute nicht abgeschlossen seien.¹¹ Und Oberst a.D. Wolfgang Richter, früherer Chef der Verifizierungsstelle der Bundeswehr, also einer Abteilung, die zuständig war zu überprüfen, ob Russland sich an Verträge hält, erklärte, es sei definitiv keine beabsichtigte Verletzung gewesen.¹²

Inzwischen ist auch die These nicht mehr haltbar, die Russen hätten mit ihrer Schattenflotte Kabel in der Ostsee zerstört.¹³ Die schwedische Staatsanwaltschaft gab am 14. Oktober 2025 bekannt, die Ermittlungen eingestellt zu haben. Es habe sich um einen Unfall gehandelt und nicht um Sabotage.¹⁴

Es gibt nicht nur russische Propaganda. Von Politiker*innen und Medien in Demokratien ist Wahrhaftigkeit und gründliche Recherche gefordert. Diesem Gebot nicht zu entsprechen, untergräbt die Glaubwürdigkeit. Mit Vermutungen, die zu Fakten erklärt werden, wie auch mit Fake-News werden Aufrüstung gerechtfertigt und Kriege vorbereitet.

Siehe dazu das *Stimmt es*-Kapitel: ...*nur russische Propaganda auf die Meinungsbildung in Deutschland Einfluss nimmt?*

1 [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-russische-drohnen-in-polen-sind-ein-beispieloser-akt-der-aggression-accg-110678949.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-russische-drohnen-in-polen-sind-ein-beispielloser-akt-der-aggression-accg-110678949.html)

2 Der Spiegel Nr. 40/2022 vom 1. Oktober 2022. S. 11

3 <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/nord-stream-anschlag-das-ueberfaellige-ende-eines-staatsgeheimnisses-01/100154052.html>

4 So BND-Präsident Martin Jäger lt. Süddeutsche Zeitung vom 14.10.2025, S.5.

5 Siehe SZ-Bericht vom 14.10.2025, S.5 „Geheimdienste warnen vor Russland.“

6 <https://www.ardmediathek.de/video/caren-miosga/braucht-deutschland-eine-neue-aussenpolitik-herr-wadephul/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS82ZGQ0MmU4OC0wOGRiLTrjYTtODhjMC1jOWY1OGNjMjBjNWFfZ2FuemVTZW5kdW5n>

7 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/drohnen-daenemark-angriffe-flughaefen-faq>

8 <https://www.zeit.de/2025/21/carlo-masala-russland-angriff-europa-nato-aufraeustung>

9 <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ukraine-ticker-belarus-haben-polen-und-litauen-vor-drohnen-gewarnt/ar-AA1MfOQI> <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/drohne-polen-belarus-ukraine-krieg-russland-100.html>

10 Bundesaußenminister Wadepluh bei Caren Miosga am 28. Sept. 2025

11 <https://zgif.ch/2025/10/01/die-ukraine-versucht-seit-beginn-des-krieges-die-nato-hineinzuziehen/>

12 Oberst a.D. Richter: Bleistiftstrich kann Eskalationsfalle werden - Karten der Nato-Russland-Grenzen - YouTube 8:30.

13 <https://www.deutschlandfunk.de/unterseekabel-sabotage-schattenflotte-russland-estlink-2-ostsee-finnland-100.html>

14 <https://www.nau.ch/news/europa/schweden-stellt-sabotage-ermittlungen-zu-ostsee-kabel-ein-67054199>

...nur Russland schuld ist am neuen Ost-West-Konflikt?

The New York Times

Copyright © 1992 The New York Times

NEW YORK, SUNDAY, MARCH 8, 1992

\$2 beyond 75 miles from New York City, except on Long Island.

\$1.50

Late Edition

New York: Today, morning clouds, drizzle, brighter this afternoon. High 54. Tonight, some fog. Low 43. Tomorrow, partly sunny. High 60. Yesterday, high 54, low 37. Details are on page 47.

Guns Confronts Out of Violence

Users Search for Buyers

HOLM

gun companies, in the best corporate manner, now seek to entice more people to buy guns, and those who already own them to buy more.

Just a Business?

In ordinary corporate goal — and that irreconcilably collides with growing sense among many Americans of a nation bleeding from an over-supply of firepower.

That clash of perspectives is perhaps



U.S. STRATEGY PLAN CALLS FOR INSURING NO RIVALS DEVELOP

A ONE-SUPERPOWER WORLD

Pentagon's Document Outlines
Ways to Thwart Challenges
to Primacy of America

By PATRICK E. TYLER
Special to The New York Times

Am Sonntag, den 8. März 1992 titelte die NYT: „US Strategie möchte sicherstellen, dass sich keine Rivalen entwickeln können. Ein Welt mit nur einer Supermacht. Pentagon möchte die Vormachtstellung Amerikas absichern.“¹ Die NYT zitiert aus einem Dokument welches unter dem damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney und seinem Mitarbeiter Paul Wolfowitz, die späteren Architekten des Irakkrieges, entstand. NYT: „In einer umfassenden neuen Grundsatzzerklärung, die sich derzeit in der Endphase der Ausarbeitung befindet, bekräftigt das Verteidigungsministerium, dass die politische und militärische Mission der USA darin besteht, sicherzustellen, dass in Westeuropa, Asien oder auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion keine rivalisierende Supermacht entstehen kann. (...) wir müssen alles daransetzen, die Entstehung von rein europäischen Sicherheitsvereinbarungen zu verhindern, die die NATO untergraben würden“. (...) wir sollten planen, uns weiter vorn auf dem Gebiet Osteuropas zu verteidigen.² Dieser Ansatz zur Sicherstellung amerikanischer Vorherrschaft wurde zwar vielfach kritisiert, aber nie wirklich in Frage gestellt. Deutlich wurde dies in der Debatte zur Nato-Osterweiterung im Auswärtigen-Ausschuss des Kongresses die vom 7. Oktober 1997 bis zum 5. November 1997 geführt, denn hier waren sich Demokraten und Republikaner überwiegend einig in einer Strategie, die seither von allen Präsidenten verfolgt wird: Keine Partnerschaft mit Russland, unlimitierte Nato-Ost-Erweiterung, keine Rücksicht auf den Weltsicherheitsrat der UNO, neue Raketen in Ost-Europa, Kündigung von Rüstungskontrollverträgen.³ Einer der eingeladenen Experten war Zbigniew Brzezinski. Wie kein anderer prägte er die US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte. Er war Sicherheitsberater unter Jimmy Carter, Erfinder der Taliban⁴ und seine Kinder Mika und Mark waren die engsten Berater von Barak Obama. Brzezinski selbst erlebte als Sohn polnischer Diplomaten im Alter von 8 bis 10 die Hochzeit stalinistischer Säuberungen in der Ukraine.⁵ 1997 veröffentlichte er sein wichtigstes Werk: Das große Schachbrett. Amerikas Vorherrschaft und ihre geostrategischen

Voraussetzungen. Zentrale These: Wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt, denn hier finden sich drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen. Ein Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok müsse verhindert werden, zentrales Ziel müsse sein, die Vormachtstellung der USA in dieser Region zu sichern.⁶ Nur so könne sichergestellt werden, dass die USA die einzige und letzte Weltmacht würden.⁷ In der Originalausgabe von „The Grand Chessboard“ findet sich auf S. 95⁸ ein Schaubild welches zeigt, wie Russland eingekreist werden müsse, um es zu Destabilisieren. Um Russland zu schwächen schlägt Brzezinski die Spaltung Russlands in drei oder vier Teile vor.⁹ Die Beherrschung der Ukraine ist die Voraussetzung für diesen Ansatz, der in den USA seit Jahrzehnten verbreitet ist. Vertreten wird diese Denkschule auch vom Chicago Council on Global Affairs. Deren Sprecher George Friedmann formulierte 2015, man habe viele Kriege geführt, damit Deutschland und Russland sich nicht verbinden könnten, denn zusammen seien sie die einzige Macht, die die USA bedrohen könnten.¹⁰ Auch die einflussreiche extrem konservative „Heritage foundation“ fordert in ihrer Satzung die weltweite Vormachtstellung der USA¹¹. Sie formulierte in ihrem 2023 veröffentlichten *Programm 2025* Leitlinien zur Ausrichtung zukünftiger US-Politik, die zusammengefasst in Trumps Wahlprogramm „agenda 47“ wieder auftauchen. Nahezu alles, was die „heritage“ fordert, setzt Trump um.

Putin ist ohne jeden Zweifel verantwortlich für den fürchterlichen Krieg in der Ukraine. Niemand hat ihn dazu gezwungen. Dass die welthistorische Chance nach dem Fall der Mauer auf eine dauerhafte europäische Friedenslösung, „Gemeinsames Haus Europa“, verspielt wurde, gründet ganz wesentlich in dem Politikziel der USA, die einzige und letzte Supermacht zu sein.

¹ <https://timesmachine.nytimes.com/timesmachine/1992/03/08/issue.html>

² Ebd.

³ THE DEBATE ON NATO ENLARGEMENT HEARINGS BEFORE THE COMMITTEE ON FOREIGN RELATIONS UNITED STATES SENATE ONE HUNDRED FIFTH CONGRESS FIRST SESSION OCTOBER 7, 9, 22, 28, 30 AND NOVEMBER 5, 1997 Printed for the use of the Committee on Foreign Relations S. 4

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Cyclone

⁵ <https://www.blaetter.de/ausgabe/2008/juli/die-welt-als-schachbrett> S. 54

⁶ Ebd. S. 55

⁷ Ebd. S. 57

⁸ Zbigniew Brzezinski. The grand chessboard: American primacy and its geostrategic imperatives. 1997

⁹ <https://www.blaetter.de/ausgabe/2008/juli/die-welt-als-schachbrett> S. 62

¹⁰ Zit. Nach Jonas Tögel, Kognitive Kriegsführung, Berlin 2023, S 153

¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Project_2025

...in der EU die Meinungsfreiheit gesichert ist?

Ursula von der Leyen hält eine Rede in Helsinki. Plötzlich wird sie von einem Zwischenrufer gestört und sie erwidert, er solle froh sein, in einem freien Land zu leben, in Russland wäre er jetzt verhaftet worden. Wenige Sekunden später wird der Zwischenrufer, Armando Mema, abgeführt, verhaftet und später verurteilt. Er habe einem Beamten Schaden zugefügt. Zahlreiche Videos in den Sozialen Medien zeigen die Szene – außer einem Zwischenruf scheint man Mema nichts vorwerfen zu können.¹ Mema kandidierte 2024 für das Europa Parlament und darf nun an Demonstrationen nur nach polizeilicher Genehmigung teilnehmen. Ein kurioser Einzelfall? Nicht wirklich. Das zeigt der Fall Jaques Baud.

Der ehemalige Schweizer Nachrichtenoffizier, der für das Schweizer Außenministerium tätig war, dann für die UNO und schließlich von der Nato zur Beobachtung in die Ukraine geschickt wurde, publizierte Bücher, die der Nato nicht gefallen. Seine These, die Ukraine habe den Überfall Putins provoziert, sei Putin-Propaganda, daher müsse er sanktioniert werden. Am 15. Dezember 2025 wurde er auf die Sanktionsliste der EU gesetzt.² Er darf nicht mehr reisen. Seine Konten und Vermögenswerte sind eingefroren und gesperrt, niemand darf mit ihm Geschäfte machen. Um Brötchen zu kaufen, muss er einen Antrag stellen.³

Gut möglich, dass die Analysen von Baud nicht belastbar sind. Gut möglich, dass seine Thesen falsch sind. Darum geht es hier nicht.

Es geht um Meinungsfreiheit als demokratische Grundvoraussetzung. Denn dieses Grundrecht schützt grundsätzlich auch „falsche“ Meinungen. Denn ob Meinungen, Analysen und Thesen wirklichkeitsgerecht sind oder nicht, kann erst beurteilt werden, nachdem sie publiziert wurden. Das Postulat von Rosa Luxemburg: „*Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden*“, hat immer noch Gültigkeit.

Skandalös ist an diesem Vorgang, dass elementare Grundlagen der Demokratie und des Rechtsstaates hier verletzt werden. Die Sanktionsliste der EU geht auf Beschlüsse des Ministerrates zurück, welcher die Vorschläge der Außenbeauftragten Kaja Kallas umsetzt. Es gibt dafür keine gesetzliche Grundlage, es gab auch keine Anklage, keinen Prozess, kein Recht auf Anhörung usw. Zentrale Grundrechte der EU-Charta werden nicht beachtet:

Art. 11 (Meinungsfreiheit),

Art. 41 (Recht auf Anhörung),

Art. 47 (Rechtsbehelf),

Art. 48 (Unschuldsvermutung),

Die Sanktionen gegen Jaques Baud erinnern daran, wie in totalitären Systemen kritische Stimmen mundtot gemacht werden.

Vor dem Hintergrund, dass in allen europäischen Ländern rechtskonservative Parteien Zulauf haben, sollten wir alles daran setzen, rechtsstaatliche Prinzipien konsequent zu befolgen und zukunftsorientiert abzusichern. Andernfalls könnten sich eines Tages derartige Grundrechtseingriffe auch gegen diejenigen richten, die sich aktuell für die „Mitte der Gesellschaft“ halten. Darüber hinaus: Wie wollen wir gegen Länder wie Ungarn oder Polen Rechtsstaatsprinzipien durchsetzen, wenn die EU-Kommission sie selbst missachtet?

Das Vorgehen gegen Jaques Baud ist kein Einzelfall.

Betroffen ist auch der Berliner Journalist Hüseyin Doğru, Chefredakteur der Agentur RED. Ihm wird, laut Text der EU-Sanktionslisten, vorgeworfen:

„Während einer gewaltsamen Besetzung einer Universität in Deutschland durch anti-israelische Randalierer fanden Absprachen zwischen RED und den Besetzern statt, um Bilder des Vandalismus, auf denen auch Hamas-Symbole zu sehen waren, über die Online-Kanäle von RED zu verbreiten und den Besetzern so eine exklusive Medienplattform zu bieten und den gewaltorientierten Charakter des Protests zu erleichtern.“

Wie? Durch Bilder des Vandalismus hätte Dogru gewaltorientierten Protest erleichtert?

Durch seine Arbeit habe Dogru religiöse Zwietracht gesät und die russischen Aktivitäten, die EU zu destabilisieren unterstützt.⁴ Seine Agentur sei mit Akteuren russischer Staatspropaganda verbunden.

Möglich, dass das stimmt. Das können wir nicht beurteilen. Aber: Die EU legt dafür keinerlei Belege vor.

Auch hier gab es keine Anklage. Kein Recht auf Anhörung. Keinen Prozess. Kein richterliches Urteil. Die Sanktion gegen Dogru trifft seine ganze Familie. Inzwischen hat seine Bank ihm auch das Existenzminimum gestrichen.⁵ Seine Frau ist hochschwanger, die Krankenkasse hat ihm gekündigt.⁶

Bei jedem Strafzettel wegen Falschparkens gibt es eine gesetzliche Grundlage, ein Recht auf Anhörung und ein ordentliches Verfahren.

Wie also kann es sein, dass ein existenzvernichtender Eingriff in Grundrechte am Rechtsstaat vorbei möglich ist?

Die ehemalige Richterin am Europäischen Gerichtshof Ninon Colneric und die Professorin für internationales Recht Alina Miron haben zu diesen Fällen ein Rechtsgutachten erstellt. In einem Bericht über dieses Gutachten heißt es, die Sanktionen, die Sanktionen seien ein tiefgreifender Grundrechtseingriff.

„Die Maßnahmen wirkten wie ein „zivilrechtlicher Tod“ („mort civile“): Vermögenswerte würden eingefroren, der Zugang zu Bankdienstleistungen faktisch unterbunden und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Betroffenen nahezu vollständig aufgehoben. Dies betreffe nicht nur die sanktionierten Personen selbst, sondern wirke sich unmittelbar auf deren berufliche und private Existenz aus.“

Besonders problematisch sei, so das Gutachten, dass Sanktionen ohne vorherige gerichtliche Kontrolle verhängt würden. Die Verweigerung des Rechts auf Anhörung vor der Aufnahme in eine Sanktionsliste sei unverhältnismäßig und verstöße gegen europäische Grundrechte. Der Schaden für die Meinungs- und Pressefreiheit stehe in keinem angemessenen Verhältnis zum erklärten Ziel der Bekämpfung von Desinformation.⁷

Auf der Sanktionsliste der EU befinden sich inzwischen 5743 Einzelpersonen. Darunter Kriegsverbrecher, IS-Terroristen – nun aber auch Autoren.⁸

Art. 20 unseres Grundgesetzes definiert Deutschland als Rechtsstaat. Dieser Artikel ist mit Ewigkeitsschutz aus Art. 79 versehen. Niemals, jemals – auch nicht durch 2/3-Mehrheit im Bundestag – darf Art. 20 angetastet werden. Ein Rechtsstaat gründet aber darauf, dass alles staatliche Handeln auf gesetzlichen Grundlagen beruht. Diese fehlen aber bei dem Sanktionsregime. Konkret: Selbst Terroristen und Kriegsverbrecher haben ein Recht auf Anklage, öffentlichen Prozess und Verteidigung.

Als die Bundesregierung in der Bundespressekonferenz um eine Stellungnahme zum Fall Jaques Baud gebeten wurde, kam die Antwort als Drohung: „Alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, dass es auch ihnen passieren kann.“⁹

¹ <https://express.at/politik/von-der-leyen-lobt-meinungsfreiheit-kritiker-ruft-dazwischen-und-wird-verhaftet/>

² https://de.wikipedia.org/wiki/Jacques_Baud

³ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/eu-sanktionen-jacques-baud-meinungsfreiheit-li.10010883?id=9415332a721342cb8ee7cd609ed2f73d>

⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32025R0965>

⁵ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/eu-sanktionen-journalist-hueseyin-dogru-existenzminimum-li.10013713?id=35e016264f93438b8bc3519a16dd3a5f>

⁶ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=139878>

⁷ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/eu-sanktionen-journalist-hueseyin-dogru-existenzminimum-li.10013713?id=35e016264f93438b8bc3519a16dd3a5f>

⁸ <https://data.europa.eu/apps/eusancctionstracker/>

⁹ <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/meinung-oder-propaganda-eu-sanktionen-gegen-schweizer-autor-49706188>